

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Saibold und der Fraktion
DIE GRÜNEN**
— Drucksache 11/790 —

Differenz zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen

Der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten – 216 – 0022 – hat mit Schreiben vom 24. September 1987 die Kleine Anfrage namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

1. Wie erklärt die Bundesregierung das krasse Mißverhältnis zwischen dem Erzeuger- und Verbraucherpreis bei Kartoffeln, das nach Angaben der Landwirtschaftskammer Rheinland darin besteht, daß Landwirte vielfach nur 2 Pfennige Erlös für ein Kilogramm Kartoffeln erzielen, während die Verbraucher durchschnittlich zwischen 70 und 80 Pfennige pro Kilogramm Kartoffeln bezahlen müssen?

Je nach Sorte, Kocheigenschaften, Qualität und Marktlage schwanken die Erzeuger- und Verbraucherpreise für Speisekartoffeln erheblich. Anfang September d.J. bewegten sich die Erzeugerpreise nach Ermittlungen der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle für Erzeugnisse der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft (ZMP) zwischen 3,00 und 30,00 DM je 100 kg. Soweit Angaben über die Abgabepreise im Erzeuger-Verbraucher-Direktverkehr vorliegen, wurden hier 20,00 bis 48,00 DM je 100 kg erzielt, also deutlich höhere Erlöse.

Die Verbraucherpreise im Einzelhandel betragen für Kleinpackungen (2,5 kg) Anfang September d.J. 0,59 bis 0,82 DM je kg. Zwischen Abgabe des Erzeugers an den Handel und Abgabe des Einzelhandels an den Verbraucher liegen die Kosten für den Transport, die Bearbeitung der Rohware und die Mehrwertsteuer.

2. Wie bewertet die Bundesregierung diese spezielle Tatsache, und wie will sie diesem Mißverhältnis politisch entgegenwirken?

Durch mangelnde Elastizität der Nachfrage kann schon ein leichter Überschuß bei Kartoffeln zu einem Preisausschlag führen. Der freie Warenverkehr ist in keiner Weise eingeschränkt und entwickelt sich ungehindert nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage.

3. Wie kann bei einem Mehlpreisan teil von ca. 1 Pfennig pro Brötchen aus Auszugsmehl und bei gesunkenen Getreidepreisen trotzdem eine Stückpreiserhöhung erklärt werden?

Der Anteil der landwirtschaftlichen Verkaufserlöse an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel ist bei Brotgetreideerzeugnissen seit jeher naturgemäß besonders niedrig, da hier das Rohprodukt einen erheblichen Verarbeitungsaufwand erfordert. Steigende Lohn- und Energiekosten, aber auch wachsende Ansprüche der Verbraucher an Qualität und Sortiment ließen diesen Anteil von 14 % in 1970/71 auf rd. 8 % in 1985/86 zurückgehen. Sinkende Getreidepreise wirken sich nur sehr abgeschwächt aus und werden zumeist von den steigenden Verarbeitungskosten überlagert.

4. Wie erklärt und bewertet die Bundesregierung die oft zu beobachtende Tatsache, daß z.B. in Supermärkten Bauchfleisch zu einem Kilopreis von 2,98 DM angeboten werden kann, obwohl in den gleichen Geschäften Hundefutter zum Kilopreis von 3,98 DM verkauft wird?

Bei dem Kauf von Hundefertigfutter sind Verbraucher bereit, insbesondere für Bequemlichkeit zu bezahlen. Auch wenn es sich hier überwiegend um Verwertung von Abfällen handelt, verursachen die Verarbeitung, Anreicherung mit bestimmten Zusatzstoffen und Verpackung Kosten. Wenn das Einzelhandelsgeschäft Bauchfleisch preiswerter abgibt als Hundefutter, ist das allein eine Frage der Mischkalkulation dieses Geschäfts. Bei dem genannten Kilopreis von 2,98 DM handelt es sich offensichtlich um Sonderangebote. Gegenwärtig bewegen sich die Verbraucherpreise für Schweinebauchfleisch zwischen 6,00 und 7,00 DM.

5. Wie ist die Aussage von Bundeslandwirtschaftsminister Kiechle zu erklären, daß „die Verbraucherpreise trotz der schlechten Ernte stabil bleiben, das Einkommen der Bauern aber sinken wird“?

Zwischen den landwirtschaftlichen Einkommen und den Verbraucherpreisen für Nahrungsmittel besteht kein unmittelbarer Bezug. Abgesehen davon, daß die Nahrungsmittelpreise zunehmend von der Kostenentwicklung auf der Verarbeitungs- und Vertriebsstufe

bestimmt werden, sind sie auch abhängig von den Importpreisen und nicht zuletzt vom Verbraucherverhalten.

Die Höhe des landwirtschaftlichen Einkommens wird von den erzielten Erzeugerpreisen, aber auch stark von der Kosten- und Mengenentwicklung sowie vom Produktivitätsfortschritt bestimmt.

6. Ist es im Sinne der Bundesregierung, daß von 1 DM, die die Verbraucher/innen für Nahrungsmittel ausgeben, nur mehr durchschnittlich 20 Pfennige beim Erzeuger ankommen?

Der Anteil der Verkaufserlöse der Landwirtschaft an den Verbraucherausgaben für Nahrungsmittel belief sich während der letzten Jahre auf rd. 40 % und war je nach Produktgruppe sehr unterschiedlich (vgl. auch Agrarbericht 1987 der Bundesregierung, Materialband, Tabelle 154). In dieser langfristig rückläufigen Entwicklung spiegeln sich sowohl Verschiebungen der Verbrauchernachfrage nach den Endprodukten als auch Änderungen der Kostenstrukturen, der Produktivität und der Preisgestaltung der Ernährungswirtschaft wider. So hat der Verbraucher in den zurückliegenden Jahren immer mehr Nahrungsmittel nachgefragt, die vom Ernährungsgewerbe mit zusätzlichen Leistungen versehen werden. Die Ursachen hierfür liegen in der höheren Bewertung der Freizeit sowie in dem wachsendem Ausmaß der Berufstätigkeit der Frauen und der damit verbundenen Einschränkung hauswirtschaftlicher Arbeiten.

7. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN, daß es dringend notwendig ist, durch eine Umstrukturierung der Lebensmittelversorgung die Wege von der Erzeugung zum Verbraucher stark zu verkürzen?

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht. Es ist nicht Aufgabe des Staates, in einem Bereich der Wirtschaft umstrukturierend einzutreten, der sich vor dem Hintergrund unserer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung zu einem der effektivsten Versorgungssysteme entwickelt hat. Diese Entwicklung ist gefördert worden durch den besonders harten Wettbewerb im Lebensmittelhandel, mit der Folge, daß gerade dieser Bereich in den letzten 20 Jahren einem sehr starken Strukturwandel unterworfen war.

Rund 90 % der landwirtschaftlichen Verkäufe erreichen den Verbraucher erst nach einer Be- oder Verarbeitung durch die gewerbliche Ernährungswirtschaft. Schon von daher sind einer Verkürzung der Versorgungswege Grenzen gesetzt.

8. Was wird die Bundesregierung in der nächsten Zeit praktisch in die Wege leiten, um das Auseinanderklaffen von Erzeuger- und Verbraucherpreisen zu vermindern, und welche Maßnahmen plant sie hierfür langfristig, um diesem Mißstand abzuheften?

Die Verbraucherpreise für Nahrungsmittel bilden sich im freien Wettbewerb des Handels und unterliegen keinen staatlichen Eingriffen. Der Verbraucher hat die Möglichkeit, seinen Bedarf in freier Auswahl aus einem breiten Angebot in den für ihn preisgünstigsten Geschäften zu decken, um so seine Nahrungsmittelausgaben möglichst niedrig zu halten. Dabei kann er häufig auch Sonderangebote für sich nutzen.

Die Bundesregierung beobachtet aufmerksam die Konzentrationsentwicklung im Lebensmittelhandel. Im Rahmen der Diskussion über eine Änderung des Kartellrechts wird zu prüfen sein, ob das Instrumentarium zur Gewährleistung eines leistungsgerechten Wettbewerbs weiter verbessert werden kann.